

kroelektronik war nur ein Beispiel dafür, dass es der DDR-Wirtschaft grundsätzlich und mehr denn je an weltmarktfähigen Produkten und dem zugehörigen ökonomischen und technologischen Wissen mangelte.

Lag im Verschleiß des Kapitalstocks das strukturelle Hauptproblem der DDR-Wirtschaft, so stand akut die Auslandsverschuldung im Mittelpunkt. Dabei war die Verschuldungssituation weniger bedrohlich als Anfang der achtziger Jahre. Hinter der Überschuldung der DDR jedoch zeichnete sich die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit ab, und die wollte die DDR-Führung um jeden Preis vermeiden, um nicht unter das für den Sozialismus tödliche Diktat westlicher Finanzaufsicht zu geraten. Umso niederschmetternder wirkte daher der Satz, den Gerhard Schürer, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, in einer zunächst vertraulichen «Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen» Ende Oktober 1989 schrieb: «Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahr 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25–30 % erfordern und die DDR unregierbar machen.»

Schon vorher freilich wuchs der Unmut über die Versorgungslage in der ostdeutschen Gesellschaft und verband sich mit einer wachsenden allgemeinen Unzufriedenheit. Da seit dem Bau der Berliner Mauer im August 1961 der Weg versperrt war, die DDR zu verlassen, hatte sich die Mehrheit der Bevölkerung mit dem Vorgegebenen arrangiert, allerdings in einer eigentümlichen Spaltung der Lebensführung. Im öffentlichen Raum praktizierten die meisten Ostdeutschen Konformität, während sie sich getrennt davon Parallelwelten privater Rückzugsräume und begrenzter Autonomie schufen.

Mit der Verschlechterung der Versorgungslage zerfiel diese Form von «Normalisierung» (Mary Fulbrook). Während sich einerseits zunehmende Resignation breitmachte, hielt der Direktor des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung 1988 in einer internen Expertise fest: Die Menschen forderten zunehmend «Anerkennung ihrer Ansprüche und Persönlichkeit», ihrer Individualität und Selbstbestimmung und auch «Lebensgenuss» ein und wendeten sich gegen entmündigende «Bevormun-

dung». Dies war dem Wertewandel nicht unähnlich, der sich in den westlichen Gesellschaften seit den sechziger Jahren vollzogen hatte, und er war auch, so Walter Friedrich, aus dem Westen über die Grenzen geschwappt.

Darin wiederum lag, wie bereits erwähnt, ein weiteres Strukturproblem der DDR: die ständige Präsenz der Bundesrepublik als Gegenbild zur DDR, vor allem durch das Westfernsehen. Vergleichsmaßstab für die Ostdeutschen waren daher nicht die anderen Staaten des Warschauer Paktes, unter denen die DDR das wohlhabendste Land war, sondern die reiche und gerade am Ende der achtziger Jahre boomende Bundesrepublik, der gegenüber die Versorgungsmängel und der niedrige Lebensstandard scharf ins Auge stachen.

Westliche Lebensformen infiltrierten die DDR, vor allem als unerfüllte Verheißung. So stieg die Zahl der Ausreiseanträge, trotz der für den Einzelnen zu erwartenden Repressionen, in den achtziger Jahren sprunghaft an: von 21 500 im Jahr 1980 auf über 110 000 acht Jahre später. Dass die DDR-Führung in höherer Zahl Ausreisen genehmigte, verstärkte den Druck, anstatt ihn abzulassen.

Die Herrschaft der SED war nie durch freie Wahlen legitimiert worden – wozu auch: die Partei erhob den Anspruch, immer Recht zu haben. Darin lag ihr antipluralistischer, totalitärer Kern, und daher wurde Dissens nicht als Opposition geduldet, sondern als Abweichung unterdrückt: «Feind ist, wer anders denkt», lautete die Devise des Ministeriums für Staatssicherheit, das zu diesem Zweck immer weiter ausgebaut worden war.

Repression war die eine Seite des SED-Regimes; zugleich aber suchte es auch die Zustimmung der Bevölkerung, und daher wurde Konformität belohnt: durch gesellschaftliche Aufstiegschancen und vor allem durch eine allumfassende soziale Sicherung, wenn auch auf – im Vergleich zur Bundesrepublik – niedrigem Niveau. Daher stellte die Verschlechterung der Versorgungslage ein echtes Legitimationsproblem dar. Vor diesem Hintergrund heischte die SED-Führung nach Bestätigung, und so wurden die Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 zu einem Le-

gitimationsbeweis hochstilisiert. Die Ergebnisse waren dann wie üblich gefälscht. Blieben schon die offiziell verkündeten 98,85 Prozent unter der sonst üblichen 99-Prozent-Marke, so lag der tatsächliche Anteil der Gegenstimmen – bei nicht geheimer Wahl – zwischen 10 und 20 Prozent. Dies war die Initialzündung für die Opposition, die sich im Gefolge der Kommunalwahlen neu und breiter formierte als je zuvor.

3. Oppositionsbewegung und Führungskrise

Oppositionelle sammelten sich in den achtziger Jahren vor allem im Umfeld der evangelischen Kirchen, zunächst als Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen, in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts dann, unter dem Eindruck von Gorbatschows Reformpolitik, als Demokratiebewegung. Mit einem Mobilisierungspotential von höchstens 5000 Personen war sie vorderhand keine wirkungsvolle politische Kraft. Nichtsdestoweniger fürchtete das Regime, so der stellvertretende Minister für Staatssicherheit im Jahr 1985, einen «Durchbruch im Sinne des politischen Pluralismus nach bürgerlichem Muster im Sinne der sogenannten Liberalisierung und Destabilisierung der politischen Machtverhältnisse», wenn es «auch nur einer dieser Gruppierungen» gelänge, «sich als legale Einrichtung zu etablieren». Daher versuchte die Staatsmacht, die oppositionellen Gruppen von innen her zu zersetzen, und griff spätestens angesichts der wachsenden Präsenz oppositioneller Kräfte seit Ende 1987 zu verschärfter Unterdrückung.

Diese ließen sich allerdings je länger, je weniger entmutigen – im Gegenteil. Am Tag der Kommunalwahlen zogen kritische Bürger in den Wahllokalen auf, um den Wahlvorgang und vor allem die Stimmenauszählung systematisch zu beobachten. Nach Verkündung des offiziellen Ergebnisses monierten die Bürgerrechtler Abweichungen von den Zahlen, die in den Wahllokalen verkündet worden waren. Einsicht in die Protokolle des Wahlverlaufs gewährten amtliche Stellen nicht: «Das ist allein unsere Sache, das geht nun wirklich nicht. Ein Fünkchen Vertrauen müssen Sie schon in uns haben!»

Davon freilich konnte keine Rede sein. Die Bürgerrechtler reagierten mit neuen Methoden: mit Protestresolutionen, Strafanzeigen wegen Wahlfälschung und kleineren Demonstrationen. Altbekannt hingegen waren die Maßnahmen der Staatsmacht: «Anzeigen, die nach § 211 Strafgesetzbuch erstattet werden, sind ohne Kommentar entgegenzunehmen. Nach Ablauf der vorgesehenen Fristen für die Anzeigenbearbeitung ist von den jeweils zuständigen Organen zu antworten, dass keine Anhaltspunkte für den Verdacht einer Straftat vorliegen. [...] Beschwerden gegen die getroffenen Entscheidungen sind [...] abschlägig zu entscheiden.» Vielmehr sei für «die gründliche operative Durchdringung feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Personenkreise» zu sorgen, um bei «Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen [...] operative Personenkontrollen durchzuführen bzw. diese Personen in operativen Vorgängen zu bearbeiten». Neu war wiederum, dass es damit nicht getan war.

Die Kommunalwahlen wirkten als Initialzündung für eine neue und breitere Formierung der Opposition in der DDR. Es waren zumeist langjährige Aktivisten, von denen die Bildung einzelner Initiativgruppen ausging, die dann im August zur politischen Vereinigung aufriefen. Im September und Oktober folgte schließlich die formelle Gründung oppositioneller Gruppen, in denen in besonderem Maße Theologen und Pfarrer sowie Angehörige der künstlerischen und Intelligenzberufe vertreten waren.

Zur wichtigsten Organisation in dieser Phase avancierte das «Neue Forum», das bewusst nicht als politische Partei, sondern als «politische Plattform» für die innergesellschaftliche Diskussion angelegt war. Gegründet am 9. und 10. September in Grünheide bei Berlin, versammelte das Neue Forum vor allem Intellektuelle wie die Malerin Bärbel Bohley, den Arzt und Molekularbiologen Jens Reich oder den Rechtsanwalt Rolf Henrich. Nachdenklich und unpolemisch war der Gründungsaufruf vom 10. September gehalten: «In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört.» Daher bedürfe es «eines demokratischen Dialogs über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur», der

«in aller Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land» zu führen sei. Dies war zunächst nicht wirklich revolutionär gedacht. Sobald die SED reformiert sei, sagte Bärbel Bohley, könne «sich das Neue Forum auflösen». Zuerst aber musste es überhaupt zugelassen werden. Der Antrag wurde am 19. September gestellt und – auf Veranlassung des Politbüros – umgehend abgelehnt. Trotz erheblicher Versuche von staatlicher Seite ließen sich die Erstunterzeichner aber nicht einschüchtern; sie stießen vielmehr auf rasch wachsende Zustimmung und Solidarisierung in der Bevölkerung.

Zu dieser Solidarisierungswelle trugen nicht zuletzt die Westmedien bei. Die Informationen aus dem Westen unterliefen die Kontrolle der Öffentlichkeit durch das SED-Regime, und sie sorgten zugleich für die wachsende Verbreitung der Bewegung innerhalb der DDR. Auf diesem Wege traten bestimmte Schlagworte besonders hervor, die Opposition, ihre Ziele und ihre Mittel wirkten einheitlicher, als sie tatsächlich waren, und das Neue Forum gewann besondere Prominenz gegenüber den anderen Gruppen, die sich zeitgleich formierten.

«Demokratie Jetzt», getragen vor allem von dem Physiker Hans-Jürgen Fischbeck, dem Kirchenhistoriker Wolfgang Ullmann und dem Dokumentarfilmregisseur Konrad Weiß, verfolgte einen christlich-sozialistischen Ansatz mit einer zivilisationskritischen Komponente. Die Bewegung trat zunächst für einen demokratisch reformierten DDR-Sozialismus als Gegenentwurf zur westlichen Konsumgesellschaft ein. Der «Demokratische Aufbruch» ging aus einer seit Juli aktiven Initiativgruppe um die Theologen und langjährigen Oppositionellen Rainer Eppelmann, Edelbert Richter, Erhard Neubert und Friedrich Schorlemmer hervor, stand zunächst dem Neuen Forum und Demokratie Jetzt politisch nahe, wobei er, wie Demokratie Jetzt, konkreter auf politisches Handeln ausgerichtet war als das Neue Forum. Auch im Falle der «Sozialdemokratischen Partei» in der DDR ging die Organisation auf eine «Initiativgruppe» zurück, die Ende Juli 1989 von den evangelischen Theologen Martin Gutzeit und Markus Meckel gegründet wurde. Als die ostdeutschen Sozialdemokraten am 7. Oktober ihr